



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Deutliche Reduktion von CO₂-Ausstoß in Deutschland – Verkehrs- und Wirtschaftssektor hinken aber dank CDU/CSU hinterher

Olching, 09.01.2019

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

In Deutschland wurden 2019 über 50 Mio. Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen als im Jahr davor. Das Ziel einer 40-prozentigen Reduktion gegenüber den Werten von 1990 rückt also in greifbare Nähe. „Das ist eine gute Nachricht!“, freut sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi. Doch nun muss es unbedingt weitere Maßnahmen geben, vor allem im Bereich Verkehr und dem Ausbau erneuerbarer Energien. „Die Blockadehaltung der CDU/CSU ist nicht weiter hinnehmbar“, so Schrodi.

Die Denkfabrik Agora Energiewende hat ausgewertet, dass Deutschland 2019 mehr als 50 Millionen Tonnen weniger CO₂ ausgestoßen hat, als im Jahr zuvor. Insgesamt ist der Treibhausgas-Ausstoß seit 1990 um 35 Prozent zurückgegangen - bis Ende des Jahres sollen es 40 Prozent sein. „Das ist eine gute Nachricht. Aber: Die Treibhausgas-Reduktion kommt fast nur aus dem Stromsektor! Im Bereich Verkehr sind die Emissionen hingegen gestiegen“, betont Schrodi und fordert daher CSU-Verkehrsminister Scheuer auf, endlich wirksame Maßnahmen zur CO₂-Reduktion in seinem Verantwortungsbereich zuzulassen.

„Die Blockadehaltung der CSU-Verkehrsminister Ramsauer, Dobrinth und Scheuer ist der Grund für die seit Jahrzehnten versäumte Verkehrswende“, ärgert sich Schrodi und weiter: „Auch die Blockadehaltung von Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) unter anderem beim Kohleausstieg verhindert weitere positive Schritte in Richtung Klimaneutralität.“

Von diesem Jahr an ist mit dem Klimaschutzgesetz festgeschrieben, wie viel Treibhausgase die einzelnen Bereiche wie Verkehr, Industrie oder Landwirtschaft ausstoßen dürfen. „Nun müssen endlich alle Sektoren liefern“, freut sich Schrodi und betont, dass nun auch der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden müsse. „Ein ambitionierter Ausbau der erneuerbaren Energien ist für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung in Deutschland unverzichtbar“, erläutert er.



Der SPD-Landratskandidat für Fürstfeldbruck, Dr. Christoph Maier, kritisiert, dass die Klimaziele im Landkreis Fürstfeldbruck krachend verfehlt wurden. „Leider hat die 10H-Regelung den Ausbau der Windkraft komplett zum Erliegen gebracht. Auch beim PV-Ausbau kommen wir schlecht, bei Wärme und Verkehr gar nicht voran“, so Maier. „Mit unserem Konzept ‚Klimaschutz konkret – jetzt machen‘ werden wir in allen Bereichen gleichzeitig anpacken: 100 Prozent erneuerbare Stromerzeugung bis 2026, Fernwärme und ein Gebäudesanierungsprogramm. Beim Thema Verkehr brauchen wir einen klaren Vorrang für die öffentliche Mobilität. Wir müssen den ÖPNV ausbauen und weitere Anreize schaffen, das eigene Auto stehen zu lassen. Nur so können wir hier den Treibhausgas-Ausstoß verringern“, betont Maier.